

**Protokoll
über die 58. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen am
09.03.2023**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzender

Richter, Christoph entsandt durch CDU/FDP-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Teubler, Ulrich entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

ordentliche Mitglieder

Haacker, Frank entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Klemkow, Gret-Doris entsandt durch SPD-Fraktion
Brill, Peter entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Lerche, Dirk entsandt durch AfD-Fraktion
Bank, Sabine Barbara, Dr. entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

stellvertretende Mitglieder

Bandlow, André entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hubert, Marcus entsandt durch SPD-Fraktion

beratende Mitglieder

Krempin, Mathias Behindertenbeirat

Verwaltung

Horn, Silvio
Riemer, Daniel
Schultz, Karsten

Gäste:

Ahrens, Hendrik
Güll, Gerd

Leitung: Christoph Richter

Schriftführer: Juliane Kohlmeyer

**zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 57. Sitzung vom 12.01.2023
(öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Der Sitzungsniederschrift wird ohne Änderung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1
(Abstimmung ohne Frau Dr. Bank)

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr Horn berichtet über die von Bund und Land zugesagten Fördermittel für Brandschutzmaßnahmen im Haus der Begegnung (EUR 31.000), die Maßnahme Franz-Mehring-Straße (Städtebaufördermittel, EUR 582.000) und für die Friedensschule (Städtebaufördermittel, EUR 5,6 Mio.)

Herr Riemer informiert darüber, dass der Nachtragswirtschaftsplan für das ZGM vom Innenministerium genehmigt wurde. Nun liegen die formalen Voraussetzungen für die Beauftragung der Baumaßnahmen Kita Demmlerstraße und Kita Gänseblümchen vor.

zu 4 Beratung von Anträgen

**zu 4.1 Gebührensatzung für Nutzung öffentlicher Anleger durch Wasserfahrzeuge
Vorlage: 00627/2022**

Bemerkungen:

Aufgrund der fehlenden Voten aus den Fachausschüssen wird der Antrag auf Wiedervorlage gestellt.

Beschluss:

Wiedervorlage

**zu 4.2 Jugend in Schwerin
Vorlage: 00632/2022**

Bemerkungen:

Es findet eine ausführliche Diskussion hinsichtlich der Frage statt, ob die Punkte 10 bis 14 des Antrages in Prüfanträge umgewandelt werden sollen. Herr Brill beantragt für den Kinder- und Jugendrat Rederecht (Votum 8/0/1). Dieser spricht sich für die Änderungsmitteilung in der Fassung der 19.12.2022 aus und bittet um Zustimmung durch die Ausschussmitglieder.

Herr Riemer bemerkt, dass alle Punkte seitens der Verwaltung positiv bewertet werden, jedoch die Punkte 10, 13 und 14 bedarfsgerecht besprochen werden müssen, weshalb die von der Verwaltung empfohlene Umwandlung in Prüfaufträge erforderlich ist. Herr Brill gibt zu bedenken, dass die Umwandlung in einen Prüfauftrag den Umsetzungsprozess stark verzögern würde. Frau Klemkow lehnt einen Prüfantrag ab, da die benannten Punkte gesetzlich verpflichtend seien.

Herr Richter stellt sodann den Änderungsantrag, die Punkte 10, 13 und 14 in

Prüfanträge umzuwandeln.

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 0

Im Anschluss wird über den so geänderten Antrag abgestimmt:

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt die folgende **geänderte** Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. zu prüfen, ob ein Neubaublock mit einem Ausgang Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden kann. Hier könnten unter Begleitung von Jugendsozialarbeiter:innen Graffitis entstehen und Jugendliche ihre Freizeit verbringen.
2. zu prüfen, ob die Rückseite der Sporthalle in Lankow (neben der Skaterbahn) den Jugendlichen als Graffitifläche zur Verfügung gestellt werden kann. Diese, so haben Jugendliche berichtet, wurde ihnen zugesagt und dann gesperrt.
3. zu prüfen, ob die Stadt in Zukunft größere Mülleimer und mehr Mülleimer auch außerhalb des touristischen Stadtzentrums aufstellen kann.
4. in Gesprächen mit dem Land darauf hinzuwirken, dass auf dem Gelände des Schlossgartens öffentliche Toiletten errichtet werden können.
5. zu prüfen, ob die Öffnungszeiten der Toiletten, insbesondere am Berta-Klingberg-Platz, verlängert werden können.
6. zu prüfen, ob eine Bezahlung öffentlicher Toiletten auch über einen Pfandflaschenautomaten ermöglicht werden kann.
7. das Projekt „Nette Toilette“ auf dem Keplerplatz zu evaluieren und seine Übertragbarkeit auf andere Standorte zu prüfen.
8. zu prüfen, ob der Film zum Thema „Jugend in Schwerin“ in anderen Stadtteilen fortgesetzt werden kann und ob hierfür Fördermittel zur Verfügung stehen.
9. auf einen Austausch zwischen der Polizei und den Jugendlichen außerhalb konkreter Konfliktsituationen hinzuwirken. Ziel soll es sein, das Verständnis für den jeweils anderen für das Agieren in Konfliktsituationen zu stärken.
10. **zu prüfen, ob konfliktminimierende mobile Einrichtungen (wie z.B. mobile Toiletten oder Mülltonnen) vorgehalten und dort zu platziert werden können, wo sich in der aktuellen Situation vermehrt und in großer Anzahl Jugendliche aufhalten und im Konfliktfall einen Austausch zwischen den Konfliktparteien außerhalb der Konfliktsituation zu organisieren und zu moderieren. Dabei ist zu prüfen, ob die Entscheidung über die Standorte der mobilen Einrichtungen bzw. die Entscheidung zur Verlagerung der mobilen Einrichtung unter Einbeziehung von Jugendlichen, in Abstimmung mit der Straßenjugendsozialarbeit, erfolgen kann.**
11. **alle zwei Jahre unter Einbeziehung der offenen Treffs, der Straßen- und Schulsozialarbeiter:innen, den Mitarbeiter:innen in den HZE-Maßnahmen und anderen engagierten Personen in den Vereinen der Jugendhilfe eine Befragung von Jugendlichen zur Lebenssituation durchzuführen, auszuwerten und Schlussfolgerungen für die Jugendarbeit der Stadt zu ziehen und diese für Jugendliche transparent darzustellen.**
12. auf der Internetpräsenz der LH SN ein „Jugendforum“ einzurichten, auf dem

Jugendliche ihre Sorgen und Probleme äußern können und **garantiert** eine Antwort erhalten.

13. zu prüfen, ob Safeplaces **für junge Erwachsene**, die in Notsituationen geraten sind und kurzfristig eine Bleibe brauchen, geschaffen werden können. (§ 41 SGB VIII) **Für die Umsetzung des Projektes sollen im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.**
14. zu prüfen, ob ein Konzept zu Wohngemeinschaften **für junge Erwachsene** in Problemsituationen (entsprechend eines nachgewiesenen Bedarfes auch darüber hinaus) mit einer sozialpädagogischen Begleitung vorgelegt und, nach Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss und Beschlussfassung durch die Stadtvertretung, umgesetzt werden kann. (§ 41 und § 41a SGB VIII) **Es soll geprüft werden, ob für die Umsetzung des Projektes im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.**
15. zu prüfen, was die Stadt für mehr Klubs und Partys tun kann.
16. zu prüfen, ob massive Bänke und Tische (aus Stein) in der Stadt (z.B. Nordufer Pfaffenteich) aufgestellt werden können, um dort zu sitzen, Hausaufgaben zu erledigen oder gemeinsam zu essen.
17. zu prüfen, ob eine Verbesserung der Nahverkehrsverbindungen aus den Randbereichen in die Stadt möglich ist, z. B. Linie 8.
18. zu prüfen, ob die Anbindung des Nahverkehrs zur Zeit des Schulbeginns verbessert werden kann, z. B. Linie 8.
19. zu prüfen, ob die Anbindung der beruflichen Schulen in den Umlandkreisen durch den ÖPNV verbessert werden kann.
20. zu prüfen, ob eine Job- oder Praktikumsbörse für Schwerin, via Internet aber auch in Form einer Messe in der Kongresshalle unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen angeboten werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

zu 4.3 Ganztägige Parkgebühren im Innenstadtbereich Vorlage: 00672/2022

Bemerkungen:

Nach Einbringung des Antrags stellt Herr Teubler die Frage an die Verwaltung, wie sich das Verhältnis zwischen den zu erwartenden Mehreinnahmen und dem Mehraufwand für die Überwachung durch den Ordnungsdienst darstellt. Herr Horn gibt an, dass es dazu keine monetäre Einschätzung gäbe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt die **Ablehnung** des Antrages:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Parkgebühren im Innenstadtbereich in den Parkzonen für Anwohnerparkausweise 24 Stunden am Tag, an sieben Tagen in der Woche erhoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0
Nein-Stimmen: 8
Enthaltung: 1

zu 5 Sonstiges

Bemerkungen:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Christoph Richter

Vorsitzende/r

gez. Juliane Kohlmeyer

Protokollführer/in